

über die Fortschritte, über die Probleme der Einheit unter den Christen“ zu sprechen.

Überraschungen enthielt die Predigt keine, allerdings einige nicht uninteressante Details. So wies Johannes Paul II. darauf hin, daß in den nächsten Monaten das „*Ökumenische Direktorium*“ schrittweise auf den neusten Stand gebracht werden müsse, wobei der neue Codex und der Fortschritt der ökumenischen Bewegung zu berücksichtigen seien. Er erwähnte die Mitarbeit katholischer Theologen in der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung des ÖRK und kündigte an, die katholische Kirche, die die *Lima-Erklärungen* zu Taufe, Eucharistie und Amt ernsthaft studiere, werde „zur rechten Zeit“ ihre Stellung zu diesem Dokument bekanntgeben. Auch daß der Papst nach allgemeinen Passagen über die Rolle der katholischen Kirche in der ökumenischen Bewegung an erster Stelle auf das *Verhältnis zu den orthodoxen Kirchen* einging, ist keine Überraschung. Er fügte allerdings hinzu: „Wenn wir den Ostkirchen und den altorientalischen Kirchen dank der engen Gemeinschaft, die uns verbindet, objektiv sehr nahe stehen, so ist gewiß die Sorge um die Wiederherstellung der Einheit mit den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften des Westens nicht geringer.“ Ansonsten wiederholte Johannes Paul II. seine schon von verschiedenen anderen Gelegenheiten vertraute Aussage, daß die katholische Kirche mit „unwiderruflicher Entschlossenheit“ in der ökumenischen Bewegung engagiert sei und daß er in diesem Engagement eine seiner pastoralen Prioritäten sehe. Man müsse sich aber, so der Papst, vor Augen halten, daß der Weg der Einheit „von allen und besonders von seiten der Öffentlichkeit“ große Geduld erfordere; Geduld bedeute nicht Untätigkeit oder Resignation.

Der Papst erinnerte in seiner Predigt zwar an die Gründung des Einheitssekretariats durch Johannes XXIII., ging aber weder auf die Geschichte noch auf Zukunftsperspektiven für die Arbeit des Sekretariats näher ein, an dessen Spitze sich ja in absehbarer Zeit ein Wechsel vollziehen wird. Ob er mit

dem Hinweis, daß sich Aufgabe und Tätigkeit des Einheitssekretariats nur zusammen mit den anderen Dikasterien verwirklichen ließen, für die nächste Zeit eine stärkere Einbindung des Sekretariats in die Gesamtkurie in Aussicht stellen wollte, muß dahingestellt bleiben. In seinem Interview mit dieser Zeitschrift hat der Sekretär des Einheitssekretariats, *Pierre Duprey*, unlängst die Sorge, daß es zu einer Zusammenfassung der drei Dialogsekretariate in einem einzigen Organismus oder zu einer Unterordnung unter andere Dikasterien kommen könnte, als die „unvermeidliche jährliche Wiederkehr des Ungeheuers von Loch Ness“ (vgl. HK, Mai 1985, 221) bezeichnet.

ru

## Synodensorgen

Die Ansicht, daß die bevorstehende außerordentliche Bischofssynode das Zweite Vatikanische Konzil grundlegend in Frage stellen könne, mag Kardinal *Jean-Marie Lustiger*, der Erzbischof von Paris, mit Recht für eine „reine Absurdität“ halten, die in den Köpfen derer entstanden ist, die die Titel der Zeitungen fabrizieren. Insofern mögen die Hoffnungen der Ultra-Konservativen wie auch die Befürchtungen der Ultra-Progressiven, 20 Jahre nach Beendigung des Konzils könnte dieses nicht nur gefeiert, sondern vielleicht sogar auch zurückgenommen werden, zu weit führen. Zu einem solchen Schritt wird der Synode nicht nur der Wille fehlen, sondern auch die Zeit.

Dennoch kann Lustiger mit seiner Bemerkung kaum abstreiten, daß gerade in Frankreich einige Unruhe entstanden ist in bezug auf das, was die kommende Synode an Veränderungen bringen könnte. Aufsehen erregte eine Gruppe von Laien, Priestern und Ordensleuten, vor allem aus Montpellier, darunter der Bischof von Evreux, *Jacques Gaillot*, und der Dominikanertheologe *Marie-Dominique Chenu*, mit einer Erklärung, die inzwischen unter der Bezeichnung „Appell

von Montpellier“ die Runde macht (zuerst veröffentlicht in der linkskatholischen Wochenzeitung „*Témoignage Chrétien*“ vom 3. 6. 85). Die Unterzeichner machen sich Sorgen über Hinweise, die ihrer Ansicht nach befürchten lassen, die Synode könne eine Synode der „Restauration“, ja vielleicht sogar der „Beerdigung des Konzils“ werden. Als bisher deutlichste Anzeichen in dieser Richtung liest man Äußerungen des Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal *Joseph Ratzinger*, in denen dieser eine deutlich negative Bilanz der nachkonziliaren Entwicklung zieht, u. a. in dem gerade in Italien und Frankreich erschienenen Buch-Interview. (Die deutsche Fassung soll im September unter dem Titel „Zur Lage des Glaubens“ im Verlag „Neue Stadt“ erscheinen.)

Ob Zufall oder nicht – wenig später kam in Paris der erweiterte Ständige Rat der französischen Bischofskonferenz zur Vorbereitung der Synode und zur Festsetzung der französischen Marschroute zusammen. Aus dem Anlaß strichen die französischen Bischöfe dezidiert die positiven Seiten des Konzils für die Entwicklung der Kirche in den letzten Jahren heraus. Der Bischof von Blois, *Joseph Goupy*, selbst noch Konzilsvater, gab die Parole aus: „Hände weg vom Konzil, aktualisiert es lieber.“ Das Bekenntnis zum Konzil wäre zweifellos nicht so vehement ausgefallen, hätten die Appell-Unterzeichner von Montpellier die Öffentlichkeit nicht entsprechend aufgeweckt. Auch ein Gegen-Appell einer Gruppe von Priestern aus Mittelfrankreich in Form einer Ergebnisadresse an Papst Johannes Paul II. mit ausdrücklichem Hinweis auf Kardinal Ratzinger, verbreitet durch die konservative Tageszeitung „*Le Figaro*“, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich in Frankreich vielleicht mehr als anderswo Sorgen macht.

Daß gerade dort diese Schlacht geschlagen wird, verwundert im übrigen nicht. Traditionalistische Gruppen und Strömungen sind in Frankreich besonders stark vertreten und finden seit einiger Zeit in Rom offenere Oh-

ren als zu Hause. Die französischen Bischöfe pochen auf ihre Rechte als Ortskirche und fühlen sich von Rom schulmeisterlich behandelt. So wies der Bischof von Poitiers, *Joseph Rozier*, bereits vor einigen Monaten darauf hin, daß die Stellung eines Bischofs dem Papst gegenüber nicht mit der eines von einer Zentrale eingesetzten Präfekten vergleichbar sei. Jede Teilkirche sei die ganze Kirche an einem Ort, unter der Bedingung natürlich, daß sie wirklich Kirche in der und durch die Gemeinschaft mit den anderen Kirchen sei. Im übrigen solle man Rom nicht die Rolle „einer Beschwerdestelle, eines Tempels der Nostalgien, eines Schiedsrichters in allen Streitfällen, als Lieferantin für alle Lösungen zuweisen“ („Eglise de Poitiers“ 6. 4. 85).

Eine andere Ursache für diesen Streit liegt bei der Synode selbst: Je unklarer ihre „Aufgabe“ und Möglichkeiten sind, desto mehr ist man versucht, Hinweise dort zu suchen, wo sie momentan vorhanden sind, und da liegt ein Blick auf die Ratzinger-Äußerungen mehr als nahe. Der Name Ratzinger hat in Frankreich schon seit seinen beiden Vorträgen zum Thema Katechese von 1983 keinen besonders guten Klang. Durch die Auseinandersetzungen um die Katechese sind die Franzosen gebrannte Kinder. Auch wenn im Katechesestreit nicht Ratzinger, sondern die Kleruskongregation unter Kardinal *Oddi* das Hauptproblem war. Man wird aber den Franzosen nicht verübeln können, daß sie die Vermutung hegen, hier sollten Pflöcke eingeschlagen werden, die nicht mehr so ohne weiteres verschiebbar sein werden. Die Deutlichkeit, mit der Ratzinger sich zur nachkonziliaren Entwicklung äußert, angesichts seiner Stellung ohnehin ungewöhnlich genug, muß im Vorfeld der Synode noch bedenklicher stimmen.

Betrachtet man die Situation in Frankreich, fragt man sich überdies, ob Ratzinger sich und seinen Anliegen nicht mehr geschadet hat als sie voranzubringen. Der Widerstand gegen eine möglicherweise allzu kritische Sicht der nachkonziliaren Entwicklung wurde nur gestärkt. Die Teilnehmer der Synode werden wachsam sein. nt

## Nordelbien

Nicht erst die am 5./6. Juli in Rendsburg abgehaltene *Sondersynode der nordelbischen evangelischen Kirche* hatte ein für solche Ereignisse ungewöhnlich starkes Medienecho. Schon seit Monaten war die drittgrößte evangelische Landeskirche in der Bundesrepublik immer wieder für Schlagzeilen und Kommentare gut. Seit im Herbst 1984 eine Gruppe nordelbischer Protestanten in einem Brief zur Verweigerung aller Kriegsdienste aufforderte und Anfang Januar 1985 elf Persönlichkeiten aus dem konservativen Lager in einem Aufruf an die Bischöfe öffentliche Staatshetze durch kirchliche Amtsträger und das Eindringen von Irrlehren und „Neuheidentum“ in die Kirche beklagten, bestimmte in Nordelbien der Streit zwischen einer pazifistisch-gesellschaftskritischen und einer bibel- und bekenntnisorientierten Minderheit die kirchliche Tagesordnung.

Auf der Sondersynode kamen nochmals beide Flügel zu Wort. Der Hamburger Pastor *Hans-Jürgen Benedict* verteidigte den Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung; man habe gemeint, den Gemeinden und der Kirche dieses unbequeme Wort schuldig zu sein. Demgegenüber stellte Propst *Karl Hauschildt* fest, das Programm des radikalen Pazifismus werde die Volkskirche spalten, und bekräftigte die Standpunkte der „Sammlung um Bibel und Bekenntnis“: Die strittigen Fragen seien mitverursacht durch eine seit langem wirkende emanzipatorische Bewegung und durch schnell wechselnde Wellen von „Genitiv- und politischen Theologien“.

Nicht zuletzt den Voten der drei nordelbischen Bischöfe, die schon seit Beginn der Auseinandersetzungen um Vermittlung bemüht waren, war es zu danken, daß in der Synode die *Bereitschaft zur Gemeinsamkeit* die Oberhand gewann. Fast einstimmig verabschie-

deten die 140 Synodalen den von der Kirchenleitung vorgelegten Text zum Thema „Was gilt in der Kirche“ und einen „Aufruf zur gemeinsamen Willensbildung in der Einheit und zugleich Mannigfaltigkeit der Kirche“. Darin wird vor einer Politisierung von Gottesdienst und Gemeindeleben wie vor einer Theologisierung der Politik gewarnt, aber auch betont, die Kirche müsse die traditionellen Wertvorstellungen, deren Wahrung von ihr erwartet werde, mit der bewahrenden und verändernden Kraft des Evangeliums konfrontieren. Persönliche Gewissensentscheidungen dürften nicht zum Maßstab für die anderen und für die kirchliche Lehre gemacht werden; wenn Gruppen Gleichgesinnter die Wahrheit des christlichen Glaubens exklusiv für sich in Anspruch nähmen, werde die Verpflichtung zur gemeinsamen Verantwortung verletzt.

Ob und wieweit die von der Synode einstimmig verabschiedeten Mahnungen bei den vor allem betroffenen Gruppen Wirkung zeigen, wird die Entwicklung der nächsten Monate erweisen müssen. Immerhin liegt mit dem Synodenpapier eine *Standortbestimmung* vor, die zwar nichts über die umstrittenen Sachfragen von der Kriegsdienstverweigerung bis zur feministischen Theologie sagt, wohl aber alle Kirchenmitglieder an ihre Verantwortung erinnert und die Streithähne darauf hinweist, für die nordelbische Kirche werde es in Zukunft wichtig sein, die Kräfte „darauf zu konzentrieren, Gottes befreiende Botschaft so zu verkünden, daß sie Menschen erreicht und überzeugt“, und sich nicht in innerkirchlichen Reibereien zu verschleifen.

Nicht nur mit dieser Mahnung wurde in Nordelbien ein Problem auf den Punkt gebracht, das – wenn auch in weniger spektakulärer Form – *allen evangelischen Kirchen* in der Bundesrepublik zu schaffen macht. Auch was die drei nordelbischen Bischöfe *Krusche*, *Stoll* und *Wilckens* auf der Synode zum Problem Volkskirche, zu Pluralismus und Verantwortung in der Kirche und ihrem missionarischen Auftrag ausführten, verdient über ihre Landeskirche hinaus Beachtung. ru